

18.02.02**Empfehlungen
der Ausschüsse**AS - A - FJ - FS - Fzzu **Punkt ...** der 773. Sitzung des Bundesrates am 1. März 2002

**Lagebericht der Bundesregierung über die Alterssicherung der
Landwirte (Lagebericht 2001)****A**

Der **Agrarausschuss** empfiehlt dem Bundesrat, zu dem Lagebericht 2001 wie folgt
Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat nimmt den Lagebericht der Bundesregierung über die Alterssicherung der Landwirte (Lagebericht 2001) zur Kenntnis.

Er fordert die Bundesregierung auf, die Kürzungen des Haushaltssanierungsgesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2534) im Agrarsozialbereich zurückzunehmen.

Die Haushaltskürzungen des Bundes sind wesentliche Ursachen für den Rückgang der Anträge und Bewilligungen der Betriebs- und Haushaltshilfe. Des weiteren haben sie unter anderem eine Selbstbeteiligung für eine Betriebs- und Haushaltshilfe bei Todesfall ab dem ersten Tag zur Folge.

Die Kürzungen und die damit verbundenen Belastungen der Versicherten wirken sich besonders gravierend auf kleinere und mittlere Betriebe aus. Diese Betriebe sind gerade in von der Natur benachteiligten Gebieten stark verbreitet und haben besondere Bedeutung für die Erhaltung und Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft. Vielfach überschreitet bei solchen Betrieben, unter anderem im Nebenerwerb, der Beitrag für die Alterssicherung der Landwirte den Betriebsgewinn.

Ausgeliefert am 19. FEB. 2002 ...

Im Übrigen ist aus dem Lagebericht der Bundesregierung über die Alterssicherung der Landwirte 2001 nicht nachvollziehbar, wie sich in der Zehnjahresrechnung die monatlichen Beiträge errechnen, da die Bruttolohn- und -gehaltsummen nicht aufgeführt sind. Ein Vergleich mit der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ist daher nicht möglich. Insgesamt besteht der Eindruck, dass die Beitragssteigerungen bei der Alterssicherung der Landwirte deutlich höher als bei der GRV sind.

B

2. **Der federführende Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik,**
der Ausschuss für Familie und Senioren,
der Finanzausschuss und
der Ausschuss für Frauen und Jugend
empfehlen dem Bundesrat, von dem Bericht Kenntnis zu nehmen.